

nicht erkennen kann, daß er es mit einer bundesweiten Mafia zu tun hat. Denn was außerhalb seines Zuständigkeitsbereichs läuft, erfährt er nicht.

STÜMPER: Es ist, zugegeben, noch immer nicht so, daß wir die Fälle der Organisierten Kriminalität als solche schon in einem eigenen funktionsbezogenen Meldesystem hätten. Die PIOS-Da-tei beim BKA ist immerhin ein Anfang.

SPIEGEL: Das ist aber nicht mehr als eine bessere Art Namenskartei. Über Zusammenhänge und Strukturen erfährt man aus dem Computer nichts.

STÜMPER: Es gibt verschiedene Mel-dewege und auch einen Wochenbericht des BKA, der spektakuläre Fälle auf-zählt, Rauschgiftsachen zum Beispiel, aber auch Kirchendiebstahle. Mit einer babylonischen Kasuistik, die dann ir-gendwo abgeheftet wird, ist uns aber nicht geholfen. Ich bin sehr daran inter-essiert, daß das BKA hier noch mehr tut.

SPIEGEL: Soll das Bundeskriminal-amt, das bislang nur Fälle mit internatio-nalem Bezug recherchieren darf, mehr Kompetenzen haben?

STÜMPER: In einer Zeit, in der die internationalen Bezüge des Verbrechens so zunehmen, bin ich natürlich für eine möglichst große Zuständigkeit des BKA im Bereich der Organisierten Kriminali-tät.

SPIEGEL: Die Zuständigkeiten en-den aber stets an den deutschen Staats-grenzen. Die internationalen Bezüge können Sie so auch nicht aufdecken.

STÜMPER: Ich bezweifle, daß wir eine breite grenzüberschreitende Kom-munikation mit den Polizeien ander-er Staaten in Europa so bald durchkrie-gen. Jedes Land fragt halt seine ei-genen Datensysteme ab – nur im Einzelfall, aufgrund persönlicher Beziehungen, klappt da mal die Ver-ständigung. Ich verspreche mir mehr von deutschen Polizeiattachés in gewissen Ländern.

SPIEGEL: Das Bundeskriminalamt setzt ja jetzt schon seine Ermittler im Ausland, beispielsweise in Italien, ein. Das sieht so aus, als könne man der italienischen Polizei nicht trauen.

STÜMPER: Deutsche Beamte sollten dort sein, wo man im Bereich Organi-sierter Kriminalität zuverlässige An-sprechpartner braucht. Es könnte ja sein, daß ein einheimischer Beamter selbst dubios ist oder unter Druck steht – der macht mir dann den ganzen Ermitt-lungsvorgang kaputt.

SPIEGEL: Glauben Sie ernsthaft, daß Ihre Beamten vor Korruption besser ge-fert sind als die Kollegen im Ausland?

STÜMPER: Es gibt sicher keinen Staat, keine Polizei, kein Gericht, wo nicht Leute mal gekauft werden. Damit muß man leider auch hierzulande rech-nen.

SPIEGEL: Herr Stümper, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

VOLKSZÄHLUNG

Ganz cool

Mit Zwangsgeld sollen in den Boykott-Hochburgen Hamburg und Bremen fast eine viertel Million Erhebungsbögen eingetrieben werden. Datenschützer befürchten ein „heilloses Chaos“.

Über Mangel an Arbeit können sich Vollstreckungsbeamte der Stadt-Hamburg nicht beklagen. Tag für Tag treiben die Mitarbeiter der Bezirksämter ausstehendes Geld ein – unbezahlte Strafmandate, Rundfunk- und Fernsehgebühren oder auch Krankenhauskosten.



Hamburger Volkszähler Hruschka
„Mit Hängen und Würgen“

„Unsere Vollziehungsbeamten“, be-richtet der Leiter des Bezirksamts Mitte, Hubert Jungesblut, „sind am Rande ihrer Kapazität.“ Es wird noch schlimmer kommen. Denn auf die Kuckuckkleber schwappt eine Welle von Verfahren zu.

Nahezu auf einen Schlag müssen die Amtsleute womöglich bei Zehntausen-den von Hamburgern jeweils 250 Mark abkassieren. Mit der behördlichen Voll-streckungsaktion sollen, auf Beschluß des Senats, Volkszählungsboykotteure zur Kasse gebeten werden.

In der Hansestadt steht, nahezu ein Jahr nach dem Stichtag, der Rücklauf von etwa 200 000 Personenbögen aus. Mit der Verweigererquote, zwölf Pro-zent, liegt Hamburg bundesweit vorn.

Die außerordentliche Zensus-Ablehnung haben nicht allein die etwa hundert Gruppen bewirkt, die in Hamburg zum Volkszählungsboykott (Vobo) aufgeru-fen haben. Die Verweigerung ist auch eine Folge der liberalen Zensus-Politik des Senats. Die SPD/FDP-Stadtregie-rung hatte stets bekundet, daß sie gegen Zensus-Gegner nicht mit drastischen Zwangsmaßnahmen vorgehen wolle. Statt dessen sollte der Boykott mit einer „weichen Welle“ (Senat) gebrochen werden: Geduld und Überzeugungsar-beit.

Doch nicht nur diese, wie CDU-Oppo-sitionspolitiker monierten, „allzu laxe Einstellung des Senats zur Zensus-pflicht“ trieb den Verweigereranteil in die Höhe. Auch die schlechte Organi-sation der Zählung machte Vobo-Sympa-thisanten die Verweigerung leicht.

Statt etwa die Unterlagen zügig auszu-teilen und Bogen-Bummler sofort anzu-mahnen, wurde in der Erhebungsstelle geschlampt. So waren Anfang August die Unterlagen noch immer nicht an alle Bürger ausgeteilt. Erst im September ergingen die ersten Mahnungen.

Bundesweit geriet Hamburg so zum Schlußlicht. Gegenüber dem offiziellen Zählungszeitplan liegt die Stadt mittlerweile rund acht Monate zurück.

Eine völlige „Über-forderung mit der To-talerhebung“ beschei-nigte der Hamburger Datenschutzbeauftragte Claus Henning Schapper den Volks-zählern. In seinem vorletzte Woche ver-öffentlichten „Tätig-keitsbericht 1987“ zählt er eine Reihe „schwerwiegender“ Datenschutz-Verstöße auf. So seien in Einzelfällen „andere als die zulässigen Quellen herangezogen“ oder auch „Daten zu lange gespeichert“ worden.

Probleme in der Er-hebungsstelle räumt

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
BEHÖRDE FÜR INNERES
STATISTISCHES LANDESAMT
Hilf Poststelle/Landratskabin
13. März 1987
Zwangsgeld in Höhe von 250,- DM
gegen Sie festgesetzt. Die Erhebungsstelle Volkszählung 1987 macht Sie darauf aufmerksam, daß weitere Zwangsgelder in steigender Höhe gegen Sie fest-
gesetzt werden können, wenn die Erhebungsbögen nicht rechtzeitig eingereicht werden.
Rechtsbehelfe nicht geltend wird. Ein Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs kann beim Verwaltungsgericht Hamburg, Max-Brauer-Allee 89, 2000 Hamburg 50, gestellt werden.
Hruschka
Dr. Hruschka

Zwangsgeldbescheid für Boykotteure (Ausriß)
„Aus dem Winterschlaf gerissen“

selbst der Leiter des Statistischen Landesamtes, Erhard Hruschka, ein. Bisweilen, klagt Hruschka, habe sich die Volkszählung „nur mit Hängen und Würgen“ vorantreiben lassen; mit 210 Mitarbeitern sei die Stelle „hoffnungslos unterausgestattet“. Nirgendwo müssen so wenige Volkszähler so viele Bögen bearbeiten. Im kleineren München etwa sind doppelt so viele Kräfte für die Erhebungsstelle abgestellt worden. In Berlin sind gar 800 Leute im Einsatz.

Als problematisch für die Hruschka-Truppe erweist sich auch, daß aus Angst vor militanten Vobo-Aktivistinnen nur eine einzige, dazu noch viel zu kleine Erhebungsstelle eingerichtet wurde. In Berlin hingegen hat jeder Stadtteil seine eigene Erhebungsstelle, die einen überschaubaren Bezirk abarbeitet.

Vor allem aber hielten die Zählstellen in anderen Städten den Boykott-Anteil mit der frühzeitigen Androhung von Zwangsgeldern klein, die Behörden nach dem Verwaltungsvollstreckungsrecht zur „Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen“ anordnen können. Die Festsetzungsbescheide über Zwangsgelder sind jedoch hinfällig, wenn die Verwaltungsanforderungen fristgerecht erfüllt werden. Wie hoch ein Zwangsgeld angesetzt wird, hängt davon ab, wie hart die Verwaltung durchgreifen will. Der Mindestbetrag liegt bei drei Mark, als Höchstsatz sind im Bundesgesetz 2000 Mark festgeschrieben.

In Berlin zum Beispiel drohte der Senat bereits im Oktober 230 000 Unwilligen und Nachzüglerinnen mit 500 Mark Zwangsgeld. Ein Nachschlag von 700 Mark sowie ein Bußgeld von 1500 Mark für ganz Hartnäckige sind zusätzlich angekündigt worden. In München muß, wer seine Bögen nicht ausfüllt, mit 200 Mark rechnen, für eine zweite Runde wurden jüngst 500 Mark angesagt.

Die Zwangsgeld-Festsetzungen haben Wirkung gezeigt. In der Bayern-Hauptstadt stehen nach offiziellen Angaben noch etwa 30 000 Bögen (2,5 Prozent) aus. In Berlin, einem der Zentren der Vobo-Bewegung, fehlen nach Auskünften des Senats nur noch 20 000 Unterlagen. Rücklaufquote: 98,7 Prozent.

Nur einige wenige Städte verzichteten selbst auf den Wink mit Zwangsmaßnahmen. In Köln gelang es mit konsequenten Erinnerungs- und Mahnschreiben, rund 95 Prozent der Bögen beizubringen. In den noch ausstehenden 4000 Fällen sollen nun, wie es nach dem Volkszählungsgesetz „zur Vervollständigung der Angaben“ erlaubt ist, mit einer „Ersatzvornahme“ Grunddaten aus den Melderegistern übertragen werden.

In Bremen dagegen, wo sich noch immer rund zehn Prozent der Bürger dem Zensus widersetzen, wollen die Behörden jetzt Druck machen. Um einen Teil der etwa 80 000 noch ausstehenden Bögen einzutreiben, kündigte der Bremer Senat am Donnerstag letzter Woche das erste Zwangsgeld (200 Mark) an.

Mit den Zwangsmaßnahmen will das SPD-regierte Bremen ebenso wie der sozialliberale Hamburger Senat offenbar Bonner Interventionen zuvorkommen. Falls Hamburg nicht selber auf die „Durchsetzung der Auskunftspflicht mit hoheitlichen Mitteln“ dränge, heißt es in einem internen Senatspapier, „könnte die Bundesregierung dies im Rahmen der ihr zustehenden Rechtsaufsicht beanstanden“ und „gegebenenfalls weitere Maßnahmen treffen“.

Daß die Zwangseintreibung das Erhebungsergebnis nennenswert verbessert, bezweifeln Datenschützer. Sie befürchten in der Erhebungsstelle der Hansestadt „ein heillooses Chaos“. Denn selbst wenn jetzt noch Bögen eingehen, sagt Datenschützer Schapper, sei damit zu rechnen, daß ein Großteil der Bürger sich in den weichen Boykott flüchten und



Wildunfall auf der Autobahn: Zunahme nach Tschernobyl?

falsche Angaben machen werde. Er plädiert dafür, auf Zwangsverfahren zu verzichten, die sich bei Widerspruch vor Gericht über Wochen hinziehen und „weitere erhebliche Verzögerungen“ bewirken können. Hamburg solle sich mit der Ersatzvornahme begnügen.

Die Vobo-Initiativen sind durch die angekündigten Zwangsmaßnahmen zwar, wie das Wochenblatt „Hamburger Rundschau“ berichtete, „aus ihrem Winterschlaf gerissen“, doch ihre Sprecher zeigen sich gelassen. Sie halten die offiziellen Rücklaufzahlen für geschönt und den Zensus längst für ausgezählt.

Boykott, Bummel und Schummelei hätten hinreichend „Datenschrott“ produziert. Die Zwangsandrohungen halten sie für ein „politisches Lippenbekenntnis“. Vorerst, befanden Teilnehmer letzte Woche auf einem „Plenum der Hamburger Vobo-Initiativen“, gelte es, „ganz cool zu bleiben“.

VERKEHR

Drauf und durch

Wildunfälle nehmen rapide zu. Ein Modellversuch soll zeigen, wie Gefahrenzonen besser gesichert werden können.

Der Unfall geschah auf freier Strecke frühmorgens kurz vor vier auf der Autobahn Salzburg-München bei Siegsdorf: Ein Opel-Fahrer aus Pforzheim raste in ein Reh, das über die Betonpiste wechseln wollte.

Der Opel schleuderte gegen die Leitplanke, überschlug sich und blieb auf der Fahrbahn liegen; ein nachfolgender BMW prallte auf das brennende Wrack und fing Feuer. Bilanz: zwei Tote,

drei Schwerverletzte, hoher Sachschaden.

Das war, im Sommer letzten Jahres, der bislang schwerste sogenannte Wildunfall im westdeutschen Straßenverkehr. Eine Karambolage wie aus Autofahrers Alptraum: Das Tier taucht jäh aus der Dunkelheit auf, steht wie angewurzelt im Scheinwerferlicht – es kracht.

Gut 90 Prozent aller schweren Kollisionen mit Wildtier auf der Fahrbahn werden vom Rehwild verursacht, meist am späten Abend oder in den frühen Morgenstunden, am häufigsten zur Brunnzeit im Hochsommer.

Erkenntnisse von Wildforschern erhellen, warum sich Rehe gern an Landstraßen tummeln, auf denen sich über drei Viertel der Zusammenstöße ereignen: Die Tiere haben eine Vorliebe für die am Straßenrand vorherrschenden Gräser und Weichholzsträucher. Im Winter schlecken sie dort gern Tausalz auf. Die